

## 3 Indien und Pakistan auf der Suche nach Verbündeten

Im Frühjahr und Sommer 1971 wuchs sich der zunächst innerpakistanische Konflikt um den Ostflügel des Landes zunehmend zu einem indisch-pakistanischen Konflikt aus. Beide südasiatische Staaten begannen, den jeweiligen Gegner international anzuklagen. Während die indische Regierung unter Führung Indira Gandhis der pakistanischen Zentralregierung vorwarf, durch die brutale Unterdrückung der ostpakistanischen Unabhängigkeitsbewegung Millionen Menschen in die Flucht und über die Grenze zu treiben und den Konflikt dadurch auch auf Indien auszuweiten, bezichtigte die pakistanische Regierung wiederum die Regierung Indira Gandhi einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, indem sie die ostbengalischen Separatisten fördere. Bald begann die indische Regierung in der internationalen Gemeinschaft um Unterstützung für ihren Standpunkt zu werben. Die pakistanische Zentralregierung tat es ihr gleich.

Im folgenden Kapitel werden die Ereignisse in Südasien dargestellt, ihre zunächst innerpakistanische, dann regionale Dimension und der Moment, in dem auch die beiden deutschen Staaten das Potenzial dieses Konflikts erkannten, ihre gegensätzlichen deutschlandpolitischen Interessen auf dem indischen Subkontinent durchzusetzen.

### 3.1 Pakistanische Repression und indische Intervention

Kill three million of them and the rest will eat out of your hands.  
*General Yahya Khan*<sup>1</sup>

Nachdem er zuvor noch einmal eine Eröffnungssitzung für den 25. März 1971 versprochen hatte, um einerseits der Truppenaufstockung in Ostpakistan mehr Zeit zu verschaffen und andererseits die ohnehin schon unangenehm große internationale Aufmerksamkeit für diesen Konflikt nicht noch weiter zu vergrößern,<sup>2</sup> gab General Yahya Khan an diesem Tag dem Druck führender pakistanischer Militärs nach und brach die Verhandlungen mit Mujibur Rahman und der Awami League ab. In der Nacht zum 26. März 1971 schlugen Panzer der pakistanischen

---

1 Zit. n. Pai: *The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective*, S. 1.

2 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 44.

Armee Studentenproteste auf dem Campus der Universität in Dhaka, die als Hort des sezessionistischen Widerstands galt, blutig nieder. Hunderte Studenten, Professoren und Mitarbeiter der Universität kamen dabei ums Leben. Die „Operation Searchlight“ der pakistanischen Armee hatte begonnen.<sup>3</sup>

Bengalische Zeitungen gerieten ebenso ins Visier der Truppen wie Lokalpolitiker. Mujibur Rahman wurde noch in derselben Nacht in seinem Haus verhaftet und an einen geheimen Ort in Westpakistan ausgeflogen. Die Awami League wurde von Yahya Khan für illegal erklärt. Offiziell ging es bei diesen Maßnahmen um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Ostpakistan und darum, einer für den 26. März 1971 befürchteten bewaffneten Rebellion der Awami League zuvorzukommen.<sup>4</sup>

Yahya Khan bemühte sich zwar noch, durch Einrichtung eines Komitees, das er mit der Verfassung eines Präsidialsystems beauftragte, eine gangbare politische Lösung für den Konflikt zu präsentieren. Er machte aber klar, dass die Awami League in jedem Fall verboten und Mujibur Rahman von jeder politischen Funktion ausgeschlossen bleiben würde. Aus ostbengalischer Sicht waren dies inakzeptable Voraussetzungen. Für eine friedliche Lösung des innerpakistanischen Konflikts war es nun endgültig zu spät, zumal die Armee drohte, selbst Zulfikar Ali Bhutto zu verhaften, sollte er versuchen, sie in Ostpakistan aufzuhalten.<sup>5</sup>

Der Eingriff des Militärs machte den ostpakistanischen Widerstand ein für alle Mal zum Kampf um die ostbengalische Unabhängigkeit. Am 14. April trat in „Mujibnagar“ nahe Ostpakistan westlicher Grenze zu Indien erstmals eine „Provisorische Regierung von Bangla Desh“ zusammen. Die in der nationalen Wahl siegreichen Mitglieder der Awami League bildeten selbstständig eine verfassungsgebende Versammlung und bestimmten den inhaftierten Mujibur Rahman zum ersten Präsidenten von Bangladesch. In dessen Abwesenheit sollte Syed Nazrul Islam die Regierungsgeschäfte übernehmen. Am 17. April 1971 wurde diese Regierung in einer feierlichen Zeremonie vereidigt und proklamierte noch am selben Tag offiziell die Unabhängigkeit Bangladeschs.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, S. 102–3; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 51; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 243; 248–9; Heß: *Bangladesh. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 60.

<sup>4</sup> Guha: *India after Gandhi*, S. 451; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 186; Heß: *Bangladesh. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 193.

<sup>5</sup> Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 92–3.

<sup>6</sup> Hossein: *Bangladesh. Quest for Freedom and Justice*, 135; Heß: *Bangladesh. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 76; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 164; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 64.

Doch auch die provisorische Regierung vertrat kaum die Interessen aller Menschen in Ostpakistan. Bereits die Teilung des indischen Subkontinents 1947 hatte im östlichen Teil des Landes zu massiven Verschiebungen in der Zusammensetzung der ansässigen Bevölkerung geführt, als 671.000 Urdu-sprechende Muslime aus den umliegenden, später indischen Bundesstaaten in Ostpakistan Zuflucht suchten. Diese ungeachtet ihrer tatsächlichen geografischen Herkunft nach dem nordindischen Bundesstaat Bihar als „Biharis“ bezeichneten Einwanderer identifizierten sich mit den Vertretern der westpakistanischen Zentralregierung bald deutlich mehr als ihre bengalischen Nachbarn.<sup>7</sup> Von den ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfern wurden sie daher als potenzielle Feinde im eigenen Land beargwöhnt.

Mujibur Rahman versuchte zwar, die Biharis vor Übergriffen seiner Anhängerschaft zu schützen,<sup>8</sup> die Bengali-Guerilla „Mukti Bahini“ (Bengali für „Freiheitskämpfer“), verdächtigte sie jedoch einer Kollaboration mit der zentralpakistanischen Armee und verfolgte sie daher gnadenlos. Zehntausende Biharis fielen diesen Pogromen zum Opfer. Tatsächlich kämpften einige loyale Verbände der Biharis als sog. „Razakars“ (Urdu für „Freiwillige“) an der Seite der pakistanischen Armee, die sie entsprechend als ihre natürlichen Verbündeten im Kampf gegen die ostbengalischen Mukti Bahini begriff.<sup>9</sup>

Das Ergebnis war ein blutiges Chaos. Immer wieder meuterten ostbengalische Armeeinghörige, die dem „demoralising effect of killing one’s own people over a sustained period of time“<sup>10</sup> nicht länger standzuhalten vermochten und ins feindliche Lager überwechselten.<sup>11</sup> Hinzu kam, dass es den Mukti Bahini bis Juli 1971 gelang, 15.000 pakistanische Soldaten zu töten. Systematisch verübten sie gezielte Anschläge auf Angehörige der pakistanischen Armee; zunächst, indem sie sie in Hinterhalte lockten und töteten, im Laufe des Jahres 1971 aber immer offener.<sup>12</sup>

---

7 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 142.

8 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 43.

9 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 144–5.

10 So die spätere Formulierung eines pakistanischen Generals, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 469.

11 Guha: *India after Gandhi*, S. 451.

12 Bass: *The Blood Telegram*, S. 183; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 100; Pai: *The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective*, S. 2; Sarmila Bose: *Dead Reckoning. Memories of the 1971 Bangladesh War*. London: Hurst & Co. 2011, S. 400–1. „Tagsüber verläuft [das] Leben in Dacca, abgesehen von [den] üblichen Attentaten, weiterhin normal“, meldete so der westdeutsche Generalkonsul Enders in Dacca Ende November 1971 an die Bonner AA-Zentrale, s. Enders an AA, 23. November 1971, PA AA, B 110, Bd. 756.

Dass es sich beim Konflikt um Ostpakistan um einen veritablen Bürgerkrieg handelte, zeigt die Tatsache, dass die Awami League dort nicht nur mit den Truppen der pakistanischen Zentralregierung zusammenstieß, sondern immer wieder auch mit Maoisten und kommunistischen Naxaliten, die nicht nur die Befreiung vom westpakistanischen Joch, sondern auch eine soziale Revolution in Ostbengalen anstrebten.<sup>13</sup>

Nach der blutigen Niederschlagung der ersten Aufstände bemühte sich die pakistanische Armee im Frühjahr 1971 zwar zunächst noch, den pakistanischen Ostflügel zu befrieden sowie das Vertrauen der Bevölkerung in die Streitkräfte zurückzugewinnen und gewährte umfassende Amnestie.<sup>14</sup> Den anhaltenden ostbengalischen Widerstand des Frühsommers 1971 beantwortete sie dann aber mit massiven Vergeltungsaktionen. Massaker, Massengräber und Massenvergewaltigungen der pakistanischen Streitkräfte trieben bis Ende April 1971 bereits eine halbe Million Menschen über die Grenze nach Indien. Einen Monat später waren es dreieinhalb und bis Ende August 1971 über acht Millionen Ostpakistaniern, die Zuflucht in Indien suchten – die meisten von ihnen Hindus, die zum bevorzugten Ziel der westpakistanischen Truppen wurden.<sup>15</sup>

Die pakistanische Armee verdächtigte die Hindus, Verräter an der religiös begründeten Gründungsidee des Landes, Kern der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung, und potenzielle Fünfte Kolonne Indiens zu sein. Zunehmend nahm der Konflikt dadurch auch religiöse Züge an, wie die Schilderungen eines US-amerikanischen Diplomaten vom 2. Juli 1971 verdeutlichen: „Army officials and soldiers give every sign of believing that they are now embarked on a Jihad against Hindu-corrupted Bengalis.“<sup>16</sup> Dem militärischen Gouverneur Ostpakis-

---

**13** Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 78; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 44.

**14** „Our behavior should remain fair, firm and friendly“, hieß es in einer Verordnung General Tikka Khans Ende Mai 1971, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 265–6.

**15** Guha: *India after Gandhi*, S. 452. Das entspricht einem Zehntel der damaligen ostpakistanischen Bevölkerung. S. Bass: *The Blood Telegram*, S. 190, 260. Ende November hielten sich fast 10 Millionen ostbengalische Flüchtlinge in Indien auf. Die Mehrzahl von ihnen Hindus. S. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 80–1; s. hierzu auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 206; Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 164; Dirk A. Moses: Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte. Kriegsverbrecher- und Völkermordprozesse gegen pakistanische Soldaten in Bangladesch, 1971–1974. In: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hrsg.): *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein 2010, S. 337–367, hier S. 347.

**16** Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 451; Yasmin Saikia: Listening to the Enemy: The Pakistan Army, Violence and Memories of 1971. In: Naveeda Khan (Hrsg.): *Beyond Crisis. Re-evaluating Pakistan*. London / New York / New Delhi: Routledge 2010, S. 181.

tans, General Tikka Khan, sollte die Härte seines Vorgehens in Ostbengalen noch zu Lebzeiten den Beinamen „Butcher of Bengal“ einbringen.<sup>17</sup>

Während das Militär dort immer unabhängiger agierte und der pakistanischen Zentralregierung lediglich die politischen Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft überließ, verlor Yahya Khan über Ostpakistan immer mehr die Kontrolle. Um den Anschein der Normalität zu wahren, lehnte er Mitte Mai 1971 internationale Hilfsangebote ab. Seiner Darstellung nach waren die vielen Berichte über das Leiden der ostbengalischen Bevölkerung, die an die Weltöffentlichkeit gelangten, weit übertrieben, wenn nicht gar tendenziös. Noch im Juni 1971 betonte Yahya Khan öffentlich seinen Willen zu einer politischen Lösung des Konflikts.<sup>18</sup> Erst Ende Juli 1971 stimmte er endlich dem Einsatz eines UN-überwachten Hilfsprogramms an der indisch-pakistanischen Grenze zu – das nun wiederum von Indira Gandhi abgelehnt wurde. Denn die indische Premierministerin verfolgte in diesem Konflikt inzwischen ihre eigene Agenda.

## Indiens Eingreifen

Nach dem Sieg im letzten Krieg gegen Pakistan 1965 konnte sein großer Nachbar Indien zwar als regionale Vormacht in Südasien gelten, innenpolitisch aber war das Land Ende der 1960er Jahre tief gespalten. Unter Indira Gandhis Führung war die regierende Kongresspartei in zwei Flügel zerfallen. Der Congress (R) um die Premierministerin galt als progressiv und von sozialistischen Ideen beeinflusst, während der traditionellere Congress (O) sich gegen Indira Gandhis Reformen stemmte und der Parteiführung Korruption und Nepotismus vorwarf.<sup>19</sup> Die Angst, in den für Anfang März 1971 anberaumten landesweiten Wahlen zu unterliegen, beflügelte die junge Premierministerin zu einem beispiellosen Wahlkampf, gekennzeichnet von zahllosen öffentlichen Auftritten, für den sie schließlich mit einem stabilen Wahlerfolg entlohnt wurde. Ihr Congress (R) erhielt 352 von 518 Sitzen im indischen Unterhaus „Lok Sabha“,<sup>20</sup> während der Congress (O)

<sup>17</sup> Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 162; Amir Abdullah Khan Niazi: *The Betrayal of East Pakistan*. Karachi: Oxford University Press 1998, S. 221.

<sup>18</sup> Kux: *The United States and Pakistan*, S. 190; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 126.

<sup>19</sup> Congress (R) für „Requisition“ bzw. Congress (O) für „Organisation“, s. Guha: *India after Gandhi*, S. 445; Martina Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien. Westdeutsche Betrachtungen und Begegnungen zwischen 1947 und 1973*. Heidelberg: CrossAsia E-Publishing 2017, S. 357.

<sup>20</sup> Guha: *India after Gandhi*, S. 446–7; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 55.

bald in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwand. Den Bürgerkrieg im verfeindeten Nachbarstaat verfolgte Indira Gandhi also aus einer Position der Stärke heraus – und zunächst mit wohlwollender Zurückhaltung.

Nichtsdestotrotz begann die indische Regierung schon im Februar 1971, also bereits vor Ausbruch der offenen Gewalt in Ostpakistan und dem Beginn der Flüchtlingsbewegung, ihre Streitkräfte nahe der ostpakistanischen Grenze zusammenzuziehen und die Guerillaaktivitäten der Mukti Bahini diskret zu unterstützen. Zur Abschreckung der zentralpakistanischen Armee hatte Mujibur Rahman dies ab Anfang März 1971 sogar aktiv von der indischen Regierung eingefordert.<sup>21</sup> Dabei war Indira Gandhi noch gar nicht unbedingt auf ein unabhängiges Ostbengalen aus, sondern die Vorstellung eines zwar weiterhin geeinten, aber von einer Indien-freundlichen Awami League regierten Pakistans war ihr im Gegenteil durchaus angenehm. Mit Mujibur Rahman als pakistanischem Premierminister hoffte sie zudem deutlich weniger emotional über den Kaschmir verhandeln zu können.<sup>22</sup> Vor einer offenen Unterstützung der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung scheute die indische Premierministerin zu diesem Zeitpunkt also noch zurück.

Andere indische Stimmen hingegen hielten Ende März 1971 den Zeitpunkt zur gewaltsamen Spaltung des ungeliebten Nachbarn für gekommen.<sup>23</sup> Das Indian Institute of Defence Studies and Analysis (IDSA – Teil des indischen Verteidigungsministeriums) errechnete, dass ein Krieg mit Pakistan den indischen Staat weniger als die geschätzten 900 Millionen Dollar kosten würde, die für die Versorgung der ostpakistanischen Flüchtlinge pro Jahr anfielen. Vor allem die kommunistischen Parteien im indischen Unterhaus und in Westbengalen stellten sich bald auf die Seite der ostbengalischen Sezessionisten. Nicht zuletzt forderte auch der frühere Mitstreiter Mahatma Gandhis, Jayaprakash („JP“) Narayan, Indira Gandhi öffentlich zur Anerkennung der provisorischen Regierung von Bangla-

---

**21** Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 281; 286–7; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 54.

**22** Ebd., S. 56; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 88. „Kaschmir bedeutet für [die] Mehrheit ostpakistanischer Politiker nicht viel mehr als Palästina“, formulierte etwa der bundesrepublikanische Generalkonsul in Dacca, s. Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 4. Februar 1971, PA AA, B 37, Bd. 635.

**23** „What India must realise is the fact that the break up of Pakistan is in our interest an opportunity the like of which will never come again“, wird so K. Subramanyam, Leiter des IDSA am 31. März in einem Interview zitiert, s. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 274. Ähnliche Vermutungen stellte vor Ausbruch des Krieges auch Kissinger an, s. Daniel J. Sargent: *A Superpower Transformed. The Remaking of American Foreign Relations in the 1970s*. New York: Oxford University Press 2015, S. 88.

desch auf.<sup>24</sup> Die indische Presse warf der zögernden Premierministerin vor, in der Flüchtlingskrise keine Strategie zu verfolgen und Millionen Flüchtlinge einfach unbesehen ins Land zu lassen, die beste Gelegenheit zum Eingreifen außerdem bereits versäumt und damit die leidenden ostpakistani-schen Hindus verraten zu haben. Innenpolitisch erhöhte sich also der Druck auf Indira Gandhi. Im März 1972 sollten in 13 wichtigen Bundesstaaten Wahlen stattfinden und die öffentliche Meinung in Indien rief nach Krieg.<sup>25</sup>

Dennoch vertrat die indische Premierministerin den Standpunkt, man könne die selbsternannte Regierung von Bangladesch nicht als legitim anerkennen, solange sie das von ihr beanspruchte Territorium noch nicht kontrollierte. Bis dahin betrachtete man den Konflikt zumindest offiziell als rein innerpakistani-sche Angelegenheit. Außerdem war sich auch die Führung der Awami League keineswegs in allen Punkten darüber einig, wie der Weg zur Unabhängigkeit beschritten werden und das unabhängige Bangladesch später aussehen sollte. Unter diesen Umständen konnte und wollte Indira Gandhi sich keinesfalls festlegen, wen genau sie in Ostbengalen unterstützen würde. Sie war also vehement gegen eine sofortige militärische Intervention in diesem Konflikt.<sup>26</sup>

Hinzu kam, dass der indische Geheimdienst Anfang 1971 die militärische Stärke Pakistans deutlich überschätzte und nachdrücklich vor einem möglichen Bündnis des Gegners mit der VR China warnte. Tief saß im indischen Militär noch der Schock der demütigenden Niederlage im Indisch-Chinesischen Grenzkrieg von 1962. Die Führung der indischen Streitkräfte gab Indira Gandhi schließlich Recht: Ein Einmarsch in Ostbengalen sei vor Ende des Monsuns im Sommer 1971 kaum sinnvoll. Die Empfehlung lautete, noch bis November zu warten, wenn die Sümpfe des Gangesdeltas trocken und die Pässe des Himalayas für chinesische Truppen durch Schnee und Eis unpassierbar wären.<sup>27</sup>

Zunächst beschränkte sich die indische Regierung im Frühjahr und Sommer 1971 also auf eine indirekte Unterstützung der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung, indem die paramilitärischen indischen Grenztruppen („Border Security Force“) und später auch die indische Armee selbst Trainingscamps für die etwa 20.000 ostbengalischen Mukti Bahini durchführten, die dort lernten, Sabotageakte gegen die pakistanische Zentralregierung zu verüben. Auch in der

---

24 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 282; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 66; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 65.

25 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 116; Bass: *The Blood Telegram*, S. 196–7.

26 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bolley*, S. 66–7.

27 Guha: *India after Gandhi*, S. 453; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 52; 67–9.

Entwicklung einer militärischen Strategie zur Bekämpfung der pakistanischen Armee leistete die Border Security Force Wesentliches und half, die verschiedenen militärischen Gruppierungen in Ostpakistan unter der gemeinsamen politischen Führung der Awami League zu vereinen. Außerdem konnten die Mukti Bahini auf die Arbeit des indischen Geheimdienstes zurückgreifen.<sup>28</sup>

Darüber hinaus beriet die indische Regierung die provisorische Regierung von Bangladesch beim Entwurf ihrer Unabhängigkeitserklärung vom 17. April 1971 und unterband direkte Kontakte zwischen dem Außenminister der provisorischen Regierung und Yahya Khan, die nun ausschließlich über Neu-Delhi kommunizieren konnten.<sup>29</sup> Wenn schon nicht auf eine direkte kriegerische Auseinandersetzung mit Pakistan, so zielte die Politik der indischen Regierung damals zumindest auf eine „kontrollierte Eskalation.“<sup>30</sup> Sie folgte damit dem Rat des indischen Botschafters in Moskau, Durga Prasad Dhar, der bereits Mitte April 1971 gefordert hatte: „we have to create the whole of East Bengal into a bottomless ditch which will suck the strength and resources of West Pakistan.“<sup>31</sup>

Die indischen Aktivitäten blieben international nicht unbemerkt. Die Vereinten Nationen versuchten, anti-pakistanische Guerilla-Aktivitäten von indischem Boden aus zu untersagen, wogegen die indische Regierung sich allerdings vehement zur Wehr setzte.<sup>32</sup> In der internationalen Gemeinschaft gab sie sich betont friedlich. Der indische Außenminister Swaran Singh behauptete Mitte Juni 1971 gegenüber den USA, seine Regierung habe noch keinerlei Position zur Frage einer möglichen Unabhängigkeit Bangladeschs, und Anfang Juli 1971 stritt der indische Staatssekretär und enge Vertraute Indira Gandhis, P. N. Haksar, jegliche Unterstützung der Mukti Bahini durch Indien ab. Stattdessen unterstrich er das Interesse seiner Regierung an einer politischen Lösung für Pakistan. Bei aller offiziellen Zurückhaltung wurde allerdings immer wieder betont, dass der innenpolitische Druck auf Indira Gandhi in dieser Sache gewaltig sei und noch weiter wüchse.<sup>33</sup> Etwaiges militärisches Eingreifen der indischen Regierung in Ostpakistan wäre demnach allein dem Umstand geschuldet, dass der Flüchtlingsstrom

28 Ebd., S. 62–3; 71; Guha: *India after Gandhi*, S. 453–4; Bass: *The Blood Telegram*, S. 181–2.

29 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 289.

30 Anubha Chatterjee: *Indiens Politik während des letzten indisch-pakistanischen Krieges (Dezember 1971) und seine Rolle bei der Entstehung von Bangladesch*. München: tuduv 1992, S. 203.

31 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 453; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 70.

32 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 281; vgl. Bimal Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*. New Delhi: Allied Publishers Private Ltd. 1973, S. 382–3; Bass: *The Blood Telegram*, S. 194.

33 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 102–4.



aus Ostbengalen – und damit indirekt das brutale Vorgehen der pakistanischen Truppen gegen die eigene Zivilbevölkerung – sie dazu zwang.

Durch die Flüchtlingskrise wurde der aus ihrer Sicht bis dahin rein innerpakistanische Konflikt für Indira Gandhi tatsächlich zu einem indischen Problem. Die indische Regierung hielt Berichte über die steigenden Zahlen der aus Ostpakistan fliehenden Hindus sogar zurück, aus Angst, die hindunationalistische Opposition könnte dies propagandistisch gegen sie ausnutzen.<sup>34</sup> Zu sehr fürchtete man gegen indische Muslime gerichtete Ausschreitungen der indischen Hindu-Mehrheit.<sup>35</sup> Obwohl die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge vor allem die an Ostpakistan grenzenden indischen Bundesstaaten Westbengalen, Tripura und Meghalaya betraf, machte die Zentralregierung im fernen Neu-Delhi die Flüchtlingskrise von Anfang an zur Chefsache. Man nahm jeden in Indien auf, der Schutz suchte, und sprach hinter vorgehaltener Hand bereits vom „Kampf um Bangladesch.“<sup>36</sup>

Für die ostindischen Bundesstaaten bedeutete dies eine große Herausforderung. Im Juli 1971 hielten sich bereits 5 Millionen Flüchtlinge in westbengalischen Flüchtlingscamps auf und in Neu-Delhi fürchtete man, die ostpakistanischen Flüchtlinge könnten dortige separatistische Kräfte inspirieren. Die indische Zentralregierung stellte den Bundesstaat Westbengalen daher unter Zentralherrschaft („president’s rule“).<sup>37</sup> Im Bundesstaat Tripura wiederum trafen 1 Million Flüchtlinge auf eine Gesamtbevölkerung von 1,5 Millionen – das fragile soziale Gleichgewicht dieses von Stämmen geprägten Bundesstaates drohte ins Wanken zu geraten.<sup>38</sup> P. N. Haksar bezeichnete die entstandene Situation als eine „kommunistische Zeitbombe“ und verwies darauf, dass allein eine demokratisch legitimierte und säkulare Regierung, wie die Awami League sie anstrebe, zur gewünschten Rückkehr sowohl der muslimischen als auch der hinduistischen

---

34 Ebd., S. 76–8.

35 Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien*, S. 374. Vgl. auch die sogenannte „Hostage Theory“ auf dem indischen Subkontinent – die Vorstellung, dass auf indischer und pakistanischer Seite die jeweilige religiöse Minderheit schonend behandelt werden müsse, um wiederum die Angehörigen der „eigenen“ religiösen Mehrheit im Gebiet des politischen Gegners zu schützen. S. Vazira Fazila-Yacoobali Zamindar: 1947. *Recovering Displaced Histories of Karachi*. In: Michel Boivin / Matthew A. Cook (Hrsg.): *Interpreting the Sindhi World. Essays on Society and History*. Oxford: Oxford University Press 2010, S. 188–9.

36 Guha: *India after Gandhi*, S. 452; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 75.

37 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 107; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 56; Bass: *The Blood Telegram*, S. 189.

38 Ebd., S. 191; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 76.

Flüchtlinge führen könne. Andere politische Kräfte Pakistans, so fürchtete man in Indien, könnten sich womöglich weigern, nicht-muslimische Flüchtlinge wieder zurück ins Land zu lassen.<sup>39</sup>

Trotz dieser Probleme lehnte die indische Regierung eine Vermittlung in der Flüchtlingskrise durch den UN-Generalsekretär Sithu U Thant ab.<sup>40</sup> Dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Prinz Sadruddin Aga Khan, wurde der Zugang zu Flüchtlingscamps in Indien verwehrt und am 16. Juli 1971 machte der indische Staatssekretär im Außenministerium, Triloki Nath (T. N.) Kaul, gegenüber den USA deutlich, dass man UN-Personal – selbst zur humanitären Hilfe für Flüchtlinge – nicht auf der indischen Seite der Grenze dulden werde. Man fürchtete, solche provisorischen Hilfsaktionen würden die internationale Gemeinschaft von der aus indischer Sicht zwingend notwendigen Suche nach einer politischen Lösung für Ostpakistan ablenken.<sup>41</sup> Außerdem wusste auch die UN um die verdeckten Aktionen der indischen Armee auf der pakistanischen Seite der Grenze und Sadruddin Aga Khan bekundete öffentlich gar Sympathien für Yayha Khan.<sup>42</sup> Aus indischer Sicht waren die Vereinten Nationen daher kein neutraler Akteur mehr in diesem Konflikt.

Während die pakistanische Seite einen solchen Einsatz befürwortete,<sup>43</sup> misstraute man in Indien nicht nur der UN selbst, sondern vor allem auch ihrer Durchsetzungsfähigkeit: „They talk and talk and do nothing“, stellte der indische Außenminister Swaran Singh nüchtern fest.<sup>44</sup> Auf den Vorschlag des US-Präsidenten Richard Nixon, UN-Beobachter könnten die Rückführung der Flüchtlinge überwachen, antwortete die indische Premierministerin deshalb mit der rhetorischen Frage: „would the League of Nations observers have succeeded in persuading the refugees who fled from Hitler’s tyranny to return even whilst the pogroms against Jews and political opponents of Nazism continued unabated?“<sup>45</sup>

<sup>39</sup> Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 102; 209.

<sup>40</sup> Ebd., S. 152–3.

<sup>41</sup> Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 281; Bass: *The Blood Telegram*, S. 193–4; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 147–8; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 194. Ebenso mutmaßte auch der westdeutsche Botschafter in Indien, s. Diehl an AA, die SV bei der UNO in New York, die SV bei der UNO und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf, Botschaft Rawalpindi sowie Generalkonsulate Dacca und Kalkutta, 24. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669.

<sup>42</sup> Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 151–2.

<sup>43</sup> Vermerk von van Well, 2. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629.

<sup>44</sup> Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 192; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 155.

<sup>45</sup> Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 455.

Unter sowjetischem Einfluss nahm der UN-Sicherheitsrat schließlich Abstand von seinen Plänen, Beobachter in die Konfliktregion zu entsenden.<sup>46</sup>

### 3.2 Die beiden deutschen Staaten beargwöhnt und umworben

Anstatt auf Angebote einer multilateralen Streitschlichtung einzugehen, betrieben die indische Regierung und die ostbengalischen Unabhängigkeitskämpfer im Frühjahr und Sommer 1971 gemeinsam eine regelrechte Kampagne, um die internationale Gemeinschaft zu einem schützenden Eingreifen gegen die von den pakistanischen Streitkräften an der ostpakistanischen Zivilbevölkerung verübten Massaker und Gräueltaten zu bewegen.<sup>47</sup> Auch die beiden deutschen Staaten wurden bald zu wichtigen Adressaten dieser südasiatischen Werbung um Unterstützung.

#### Erste Reaktionen in Bonn und Ost-Berlin

Im Frühjahr 1971 galt ein Hauptinteresse der Bundesregierung in Südasien dem Wunsch, eine Anerkennung der DDR durch Indien und Pakistan noch möglichst lange hinauszuzögern. Um nicht durch eine einseitige Parteinahme die jeweils andere Seite vor den Kopf zu stoßen, war sie weiterhin bemüht, sich aus dem sich anbahnenden indisch-pakistanischen Konflikt weitestgehend herauszuhalten. Auch nach den Ereignissen vom 25./26. März 1971 betrachtete die Bundesregierung den Konflikt in Ostbengalen daher offiziell als eine innere Angelegenheit Pakistans und versicherte dies Mitte April 1971 auf Nachfrage sowohl der pakistanischen Botschaft in Bonn<sup>48</sup> als auch der besorgten bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft, die die Bundesregierung verstärkt zum Handeln zugunsten der ostpakistanischen Bevölkerung aufforderte.<sup>49</sup> Aufrufe in der Bundesrepublik lebender ostbengalischer Studenten an den Bundespräsidenten und die Bundesregierung, sie mögen öffentlich Stellung zugunsten der Unabhängigkeitsbewe-

---

<sup>46</sup> Bass: *The Blood Telegram*, S. 194.

<sup>47</sup> Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 78–9; Moses: *Die Vereinten Nationen, humanitäres Engagement und die Menschenrechte*, S. 355; Misra: *India and GDR*, S. 94.

<sup>48</sup> Berendonck an Botschaft Rawalpindi und Botschaft Neu-Delhi, 14. April 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.

<sup>49</sup> Vgl. etwa Berendonck an Evangelische Studentengemeinde Essen, 14. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 583.

gung beziehen und außerdem „Bangla Desh“ anerkennen,<sup>50</sup> riefen entsprechend keinerlei öffentliche Reaktionen hervor.

Ihre Diplomaten vor Ort bestätigten die Bundesregierung in diesem neutralen Kurs. Ende März 1971 bat der westdeutsche Botschafter in Pakistan, Norbert Berger, die Bonner AA-Zentrale dringend darum, auf die deutschen Rundfunkanstalten einzuwirken, die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik auf dem Subkontinent keinesfalls als Nachrichtenquellen über die Eskalation der Lage in Ostpakistan zu zitieren.<sup>51</sup> Bergers Sorge kam nicht von ungefähr: Schon die Evakuierung deutscher Staatsangehöriger aus Ostpakistan Anfang März 1971 hatte man der Bundesregierung im pakistanischen Außenministerium als Beweis mangelnden Vertrauens ausgelegt.<sup>52</sup>

In einem ausführlichen Bericht warnte Botschafter Berger zudem ausdrücklich vor einer Abkehr von der pakistanischen Zentralregierung. Er fürchtete, Yahya Khan könnte andernfalls noch weiter in die Arme der VR China getriebenen werden. Aus deutschland-politischer Perspektive stellte diese globale Dimension des südasiatischen Konflikts für Berger sogar eine Chance dar: Die eindeutig negative Haltung der Sowjetunion gegenüber der pakistanischen Zentralregierung könnte dafür sorgen, dass die pakistanische Zentralregierung auch der DDR gegenüber weniger entgegenkommend auftreten würde.<sup>53</sup>

Um die Regierung seines Gastlandes entsprechend wohlgesonnen zu stimmen, schlug Botschafter Berger Mitte April 1971 bilaterale Schuldenerleichterungen vor, die möglichst nicht vom Wohlverhalten der pakistanischen Zentralregierung im Umgang mit den abtrünnigen Ostbengalen abhängig gemacht werden sollten. Der westdeutsche Botschafter hegte persönlich ebenfalls große Vorbehalte gegen diese Autonomiebestrebungen, wie er die AA-Zentrale wissen ließ: „Ein unabhängiges Ostpakistan wäre ein Gebilde, das einen in Alpträume versetzen könnte.“<sup>54</sup> Tatsächlich stimmte man ihm in der Bonner AA-Zentrale zu, dass eine Eigenständigkeit Ostpakistans nicht unbedingt zu begrüßen wäre. In einem unabhängigen „Bangla Desh“ sah man in erster Linie einen weiteren

---

**50** Ost-Pakistanischer Studentenverband Deutschlands an Bundespräsident Heinemann, April 1971, BArch, B 122/12493.

**51** Berger an AA, 28. März 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8136.

**52** Berger an AA und Generalkonsulat Dacca, 15. März 1971, BArch, B 213/7715. In Ostbengalen verbleibende Ausländer wiederum mussten befürchten, von bengalischen Unabhängigkeitskämpfern der Kollaboration mit der pakistanischen Zentralregierung verdächtigt zu werden. S. Enders an AA und Botschaft Rawalpindi, 21. Mai 1971, BArch, B 213/7715.

**53** Berger an AA, 14. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

**54** Berger an Müller, 21. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

destabilisierenden Faktor in einer ohnehin schon instabilen Weltregion.<sup>55</sup> Botschafter Bergers Bitte um eine Schuldenerleichterung für Pakistan kam man in Bonn allerdings nicht nach.<sup>56</sup>

Dass der südasiatische Konflikt potenziell Auswirkungen auch auf das deutsch-deutsche Verhältnis haben könnte, erkannte bald auch der bundesrepublikanische Botschafter beim pakistanischen Gegner Indien. Bereits Anfang April 1971 war Günter Diehl von indischen Regierungsvertretern auf eine mögliche Anerkennung Bangladeschs durch die BRD angesprochen worden, hatte hierzu jedoch zunächst keine Stellung beziehen wollen.<sup>57</sup> Wenig später bat er die Bonner AA-Zentrale um Informationen zu offiziellen Äußerungen der DDR in dieser Sache.<sup>58</sup> Man teilte Botschafter Diehl mit, die DDR-Medien verhielten sich noch sehr zögerlich, vermutlich aber wohl hauptsächlich deshalb, weil sie den Schein einer Unabhängigkeit von der Sowjetunion wahren wollten.<sup>59</sup>

Tatsächlich verfolgte auch das MfAA der Deutschen Demokratischen Republik die Ereignisse in Ostpakistan genau. Bereits in der zweiten Aprilwoche 1971 sah man in der DDR-Vertretung in Kalkutta die spätere Unabhängigkeit des pakistanischen Ostflügels voraus und unterstellte Indien durchaus unfriedliche Motive in diesem regionalen Konflikt: „Die Verlockung, mit der Abtrennung Ostpakistans den Gegner Pakistan entscheidend geschwächt zu haben und eine in vieler[lei] Hinsicht bessere Position gegenüber China einnehmen zu können, dürfte wohl über alle anderen Erwägungen triumphieren.“<sup>60</sup> DDR-Diplomaten vermieden es freilich, dass diese Einschätzungen des MfAA an die Öffentlichkeit gelangten.

Bald nach Ausrufung der Unabhängigkeit Bangladeschs durch die provisorische Regierung am 17. April 1971 mutmaßte der westdeutsche Botschafter Diehl in Neu-Delhi, es sei wohl im Interesse Indiens, dass andere Staaten Bangladesch anerkannten. Er warnte davor, dass die DDR dieses indische Interesse ebenfalls erkennen und für sich zu nutzen versuchen könnte:

Der Anreiz für die DDR, einem um Anerkennung kämpfenden entstehenden Staatsgebilde diese auf der Basis der Gegenseitigkeit sofort zu gewähren und damit einen schnellen Erfolg

---

55 Thönnies an Botschaften Washington, Rawalpindi und Neu-Delhi, 3. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

56 Müller an Berger, 12. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

57 Diehl an AA, 4. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 626.

58 Diehl an AA, 9. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 626.

59 Ein ähnliches Verhalten der DDR war auch früher bereits beobachtet worden. S. Berendonck an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 14. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

60 „Information zur Lage in Ostpakistan“ von Mey, 13. April 1971, PA AA, M 1, C 1762/76.

in einer bisher versperrten Region zu erzielen, ist vermutlich kräftig. [...] Es ist sicher, daß, wenn es zu einer Anerkennung von ‚Bangladesh‘ durch eine Gruppe von Staaten kommen sollte, zu der sowohl Indien wie die DDR gehören, dies der Argumentation für eine Anerkennung der DDR durch Indien hier einen starken Auftrieb geben würde.<sup>61</sup>

Diehl empfahl der Bundesregierung deshalb, ihre bisherige Zurückhaltung aufzugeben und größeren Druck auf Pakistan auszuüben, den Kampf gegen die eigene Bevölkerung zu beenden: „Dies würde in Indien zweifellos als nützlich empfunden werden, könnte uns in der auch im Hinblick auf die DDR-Aktivität schwierigen Anerkennungsfrage für eine Weile abdecken und wäre aus hiesiger Sicht auch im wohlverstandenen Interesse Pakistans.“<sup>62</sup>

Ein darauffolgender Alleingang der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu-Delhi sollte allerdings gründlich schiefgehen und vor allem letztere Vermutung Diehls Lügen strafen. In der Absicht, sich indische Sympathien zu sichern, veröffentlichte die Botschaft am 23. April 1971 eine Presseverlautbarung, in der sie die ernstgemeinte Anteilnahme der freien westdeutschen Medien am Schicksal der ostbengalischen Bevölkerung gegenüber der „Zurückhaltung der staatskontrollierten DDR-Presse“ herausstellte. Anders als beabsichtigt, gelangte diese Pressemitteilung auch in die Hände des pakistanischen Außenministeriums, welches wiederum den völlig verduztten westdeutschen Botschafter Norbert Berger in Islamabad damit konfrontierte. Dieser beklagte sich daraufhin entrüstet über die Kurzsichtigkeit seiner Kollegen in Neu-Delhi: „Dieses Press-Release stellt eine mir völlig unverständliche Parteinahme in dem Konflikt in Ostpakistan dar [...] Die von [der] Botschaft Delhi gerügte ‚Zurückhaltung der staatskontrollierten DDR-Presse‘ kann aber in Pakistan jetzt das Gegenteil bewirken“, namentlich, dass dem Drängen der DDR auf Formalisierung der bilateralen Beziehungen nachgegeben wird.<sup>63</sup> In der Bonner AA-Zentrale gab man Botschafter Berger in allen Punkten Recht: Eine solche Presseverlautbarung desavouierte die bewusst neutrale Haltung der Bundesregierung in diesem Konflikt.<sup>64</sup>

Anders als vom westdeutschen Botschafter Diehl befürchtet, stand eine Anerkennung Bangladeschs durch die DDR zu diesem Zeitpunkt allerdings überhaupt noch nicht zur Debatte. Stattdessen wägen auch die DDR-Diplomaten ihre Interessen und Chancen ausgesprochen nüchtern ab. So wollte der damalige Leiter des Generalkonsulats der DDR in Indien, Herbert Fischer, dem Drängen vor allem indischer kommunistischer Kräfte, die DDR möge Bangladesch möglichst

<sup>61</sup> AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 1, Dok. 135.

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> Berger an AA, 1. Mai 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.

<sup>64</sup> Müller an Staatssekretärsbüro, 3. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

rasch anerkennen, um dadurch den Anerkennungsprozess der DDR durch Indien zu beschleunigen, Ende April 1971 noch nicht nachgeben. Stattdessen gab er zu bedenken: „Solange Indien die provisorische Regierung Ost-Bengalens nicht anerkennt, besteht ein solcher Zusammenhang m. E. nicht.“<sup>65</sup>

Der Leiter des indischen Generalkonsulats in Ost-Berlin, Jamsheed Chand (J. C.) Ajmani, hatte Mitte April 1971 einen entsprechend nüchternen Eindruck von der Haltung seines Gastlandes zum Konflikt um Ostbengalen: „The GDR would not speak up or do anything until the Soviet Union has clarified its stand.“ Er unterstellte der DDR-Regierung gar den Versuch, „to remain non-committal and aloof until the outcome of the struggle becomes clear when they will come down on the side of the winners. In short, they are keeping their options open.“<sup>66</sup> Nichtsdestotrotz versicherte der Ministerratsvorsitzende der DDR, Willi Stoph, J. C. Ajmani Ende April 1971, „daß die DDR völliges Verständnis für die Haltung der indischen Regierung hat und daß unsere Sympathien auf der indischen Seite sind.“<sup>67</sup>

### Der Testfall Entwicklungshilfe

Das erste Politikfeld, in dem die beiden deutschen Staaten im Konflikt um Ostpakistan direkt aufeinandertrafen, war die Gewährung von humanitärer Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingsbewegung über die Grenze nach Indien. Hinsichtlich der Bewilligung von der indischen Regierung zu diesem Zwecke erbetener Mittel zeigte sich der westdeutsche Botschafter in Indien nun sensibler als bei seinem früheren fehlgeschlagenen Versuch, die DDR in Südasien öffentlich bloßzustellen. Botschafter Diehl empfahl, der indischen Bitte nachzukommen, nicht ohne auch Pakistan Unterstützung anzubieten. Zur Wahrung des Anscheins der Unparteilichkeit schlug er außerdem vor, Indien Spenden nur mittelbar durch karitative Organisationen und nicht direkt von der Bundesregierung zukommen zu lassen,<sup>68</sup> womit auch sein Kollege Botschafter Berger in Pakistan sehr einverstanden war.<sup>69</sup> Einen ersten Schritt in diese Richtung tat die Bundesregierung am 27. Mai 1971, als sie – einem Aufruf des UN-Generalsekretärs folgend – beschloss, dem UN-Hochkommis-

<sup>65</sup> Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 21. April 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.

<sup>66</sup> J. C. Ajmani an A. K. Ray/MEA, 12. April 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/71.

<sup>67</sup> „Aktenvermerk über ein Gespräch anlässlich des Antrittsbesuches des Leiters des indischen Generalkonsulats, Botschafter Ajmani, beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Willi Stoph, am 30.4.1971“ von Hain, 3. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1736/76.

<sup>68</sup> Diehl an AA, 24. April 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

<sup>69</sup> Berger an AA, 4. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

sar für Flüchtlinge 1 Mio. DM zur Verfügung zu stellen.<sup>70</sup> Bis Mitte Juni 1971 belief sich diese Form der bundesrepublikanischen Hilfe bereits auf 6 Mio. DM.<sup>71</sup>

Im Gegensatz zur betont neutralen Haltung der Bundesregierung war die westdeutsche Presse klar auf der Seite der unterdrückten Ostbengalen.<sup>72</sup> Unter anderem war dies darauf zurückzuführen, dass die Medien ihre Informationen „oft einseitig auf Nachrichten aus indischer Quelle“ stützten, wie der pakistanische Botschafter in Bonn bereits Ende März 1971 bemängelte<sup>73</sup> und man im AA Anfang Mai 1971 ebenfalls bemerkte.<sup>74</sup> Die indische Presse wiederum ließ zu diesem Zeitpunkt bereits „jedes Maß vermissen und ist als Informationsquelle nur noch sehr beschränkt brauchbar“, so die Klage auch des westdeutschen Botschafters in Indien.<sup>75</sup> Andererseits war die pakistanische Zentralregierung für diese einseitige Quellenlage durch Ausweisung sämtlicher ausländischer Journalisten aus Ostpakistan selbst zumindest mitverantwortlich.<sup>76</sup>

Die indische Regierung bemühte sich, diesen pro-indischen Eindruck in der westdeutschen Öffentlichkeit auch bei der Bundesregierung weiter zu verstärken. In einem Brief an Willy Brandt gab Indira Gandhi Mitte Mai 1971 zu verstehen, ihr seien im Konflikt um Ostpakistan die Hände gebunden; die pakistanische Regierung bezwecke sogar eine Destabilisierung Indiens durch Störung seines fragilen ethnisch-religiösen Gleichgewichts. Sie bat den Bundeskanzler deshalb, auf Yahya Khan einzuwirken, dieser möge die Repressalien gegen die ostpakistanische Zivilbevölkerung beenden, damit der anhaltende Flüchtlingsstrom über die Grenze nach Indien endlich versiege.<sup>77</sup>

---

70 Heimsoeth an SV bei der UNO und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf, SV bei der UNO in New York sowie Botschaften Delhi und Rawalpindi, 27. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667; vgl. auch AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Dok. 206, Anm. 5.

71 Vermerk von Berendonck, 15. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

72 Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasiens*, S. 372–3.

73 Berendonck an Botschaft Rawalpindi, 28. März 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

74 Thönnies an Hans Roschmann, 4. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 583. Botschafter Berger kritisierte nach Ende der Kriegshandlungen die Rolle westdeutscher Medien in diesem Konflikt ebenfalls scharf: „Es wird nicht verkannt, dass durch die Massenmedien in Deutschland mit ihrer oft übertriebenen überwiegend aus indischen Quellen stammenden Berichterstattung bei gleichzeitiger überraschender Unkenntnis der räumlichen Gegebenheiten West- und Ostpakistans Anlass zu Nervosität und unrealistischen Vorstellungen über die tatsächliche Lage vor Ort gegeben haben.“ S. Berger an AA, 1. Februar 1972, PA AA, B 37, Bd. 690.

75 Diehl an AA, 15. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 627; ähnlich bereits zwei Wochen zuvor, vgl. Diehl an AA, 1. April 1971, PA AA, B 80, Bd. 896.

76 Berendonck an Botschaft Rawalpindi, 28. März 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

77 Indira Gandhi an Willy Brandt, 13. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.



Mitte Mai 1971 ersuchte außerdem der indische Staatssekretär im Außenministerium, S. K. Banerjee, den westdeutsche Botschafter Diehl, die Bundesregierung möge ihren Einfluss im Pakistankonsortium<sup>78</sup> geltend machen, um die pakistanische Zentralregierung zu einer politischen Lösung im Umgang mit dem abtrünnigen Ostteil des Landes zu zwingen.<sup>79</sup> Einen ähnlichen Wunsch äußerte wenige Tage später im Gespräch mit AA-Staatssekretär Paul Frank auch Kewal Singh, der indische Botschafter in Bonn. Singh forderte die Bundesregierung dazu auf, ihre Entwicklungshilfezahlungen an Pakistan einzufrieren, um die pakistanische Zentralregierung zur Abkehr von der militärischen Gewalt in Ostpakistan zu bewegen. Staatssekretär Frank wies diese Bitte allerdings mit dem Argument zurück, „daß die Bundesregierung im indisch-pakistanischen Konflikt, wenn nicht eine neutrale, so doch zumindest eine sehr diskrete Haltung einnehme.“<sup>80</sup> Bundeskanzler Willy Brandt versprach in seiner Antwort an Indira Gandhi entsprechend in erster Linie humanitäre Hilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und verwies darüber hinaus auf die deutsche Beteiligung in diversen multilateralen Foren.<sup>81</sup>

Einen für Anfang Juni 1971 anberaumten Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in der Bundesrepublik sah man in der westdeutschen Botschaft in Neu-Delhi ebenfalls im Zusammenhang mit dem indischen Wunsch, die Bundesregierung möge durch Reduzierung ihrer Entwicklungshilfe Druck auf die pakistanische Zentralregierung ausüben. Die dortigen Diplomaten fürchteten allerdings auch um die deutschlandpolitische Position der BRD in Indien. Man glaubte, ein „aus indischer Sicht unbefriedigendes Ergebnis der Mission [Swaran Singhs] würde das deutsch-indische Verhältnis belasten und könnte zu Rückwirkungen in der Haltung der indischen Regierung gegenüber der DDR führen.“ Dennoch blieb man realistisch. Die Bundesregierung würde diesem indischen Wunsch nicht nachkommen können, zumal dies „einer bisher von Indien stets abgelehnten politischen Bindung der Entwicklungshilfe gleich“ käme.<sup>82</sup>

In Pakistan wiederum herrschten zu diesem Zeitpunkt bereits Zweifel an der Aufrichtigkeit internationaler Entwicklungshilfe, wenn Geberländer sich vom Entwicklungsland Indien politische Bedingungen zur Leistung von Entwicklungshilfe an dessen verfeindeten Nachbarn diktieren ließen. Ein Nachgeben

---

**78** Ein 1960 von der Weltbank eingesetztes Gremium, bestehend aus den USA, der Bundesrepublik, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Japan, Belgien, den Niederlanden und Italien, s. Van Schendel: *A History of Bangladesh*, S. 147.

**79** Diehl an AA, 19. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

**80** Vermerk von Berendonck, 26. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

**81** Willy Brandt an Indira Gandhi, 2. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

**82** Werner an AA und Botschaft Rawalpindi, 4. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.

gegenüber den indischen Forderungen könnten internationale Geber von der pakistanischen Zentralregierung jedenfalls kaum verlangen: „National suicide is not an international obligation“ hieß es so in einem Leitartikel der pakistanischen Tageszeitung „DAWN“ vom 11. Juni 1971.<sup>83</sup>

Auch die pakistanische Zentralregierung wurde von der Bundesregierung auf Abstand gehalten. Als der pakistanische Botschafter im AA vorsprach und angesichts der angespannten Lage im Land um Erhöhung der bilateralen Wirtschaftshilfe bat, mochte Staatssekretär Frank dem nicht entsprechen, wie er den bundesrepublikanischen Vertretungen in Südasien Anfang Juni 1971 erläuterte:

Die öffentliche Meinung, auf deren Unterstützung die Regierung angewiesen [ist], würde nicht verstehen, warum einem Land Entwicklungshilfe gegeben wird, das einen Bürgerkrieg oder Krieg mit seinem Nachbarn führt. Eine solche Entwicklung würde in der öffentlichen Diskussion das Prinzip Entwicklungshilfe in Frage stellen.<sup>84</sup>

Zunächst blieb die Bundesregierung gegenüber Pakistan also dabei, „daß laufende und vertraglich vereinbarte Entwicklungshilfsvorhaben weitergeführt, neue Verpflichtungen jedoch nicht eingegangen werden.“ Die Begründung des AA für diese Entscheidung nahm sich recht realpolitisch aus: „Das deutsche Interesse an der Stabilität in der Region – auch in Westpakistan – legt es nahe, eine Fortführung der Entwicklungshilfe für Pakistan auf längere Sicht auch dann ins Auge zu fassen, wenn eine Normalisierung in Ostpakistan ohne eine politische Lösung im westlich-demokratischen Sinne eintritt.“<sup>85</sup>

Die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe für Pakistan wurde im Juli 1971 schließlich mit dem Argument eingestellt, Voraussetzung für weitere Zahlungen seien „unter anderem ein wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm für ganz Pakistan und eine für alle Seiten befriedigende Regelung für Ostpakistan.“<sup>86</sup> In dieser Frage wurden nun erstmals auch die Unterschiede im Umgang mit der Krise in Ostpakistan beiderseits des Atlantiks deutlich: Während die US-Regierung bewusst auf politische Voraussetzungen zur Fortsetzung ihrer Entwicklungshilfezahlungen an Pakistan verzichtete, hielt „die Bundesregierung eine politische Lösung im Rahmen einer Normalisierung im weitesten Sinne für

<sup>83</sup> Berger an AA, 18. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

<sup>84</sup> Berendonck an Botschaften Rawalpindi, Neu-Delhi, Washington, London, Paris, Moskau und die SV bei der UNO in New York, 11. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

<sup>85</sup> Müller an Staatssekretärsbüro, 30. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

<sup>86</sup> Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 84; s. auch Berger an AA, 9. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

erforderlich.“<sup>87</sup> Der westdeutsche Botschafter in Pakistan Norbert Berger hatte allerdings Bedenken wegen der Reaktion, die diese Bonner Einstellung in seinem Gastland hervorrufen würde.<sup>88</sup>

Auch in der bundesrepublikanischen Legislative gab es abweichende Stimmen. Anfang Juli 1971 besuchten die beiden Bundestagsabgeordneten Rolf Meinecke (SPD) und Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein (CDU) als Delegation des Bundestagsausschusses für humanitäre Hilfe Ostpakistan und wurden dort von lokalen Behörden der pakistanischen Regierung ausgesprochen zuvorkommend behandelt.<sup>89</sup> Infolge der Reise der beiden Parlamentarier ersuchte der Ausschuss Bundeskanzler Willy Brandt um Aufstockung der für das Krisengebiet bereitgestellten Mittel<sup>90</sup> und beschloss außerdem, Bundespräsident Gustav Heinemann „um einen Aufruf an die deutsche Bevölkerung zu bitten, noch mehr als bisher für die Flüchtlinge zu spenden.“<sup>91</sup>

Die DDR wiederum leistete ohnehin nur an Indien Entwicklungshilfe. Nachdem J. C. Ajmani Mitte Mai 1971 in Ost-Berlin im Namen der indischen Regierung offiziell auf die humanitäre Krise in Bengalen aufmerksam gemacht hatte,<sup>92</sup> erklärte Willi Stoph in einem Brief an Indira Gandhi die Solidarität der DDR mit Indien in diesem südasiatischen Konflikt und versprach ihr 2 Mio. Rupien zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.<sup>93</sup> Auch DDR-Außenminister Otto Winzer sagte J. C. Ajmani Unterstützung zu, nicht ohne zu erwähnen, „dass die Hilfe der DDR umfassender sein könnte (z.B. Medizin), wenn die DDR nicht auf Betreiben der BRD von der gleichberechtigten Mitarbeit in der WHO ausgeschlossen wäre.“<sup>94</sup>

---

**87** Berendonck an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 27. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629.

**88** Berger an AA, 9. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

**89** Enders an AA, 9. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669. Eine ähnliche Informationsreise nach Westbengalen und Westpakistan mit Besuchen in Flüchtlingslagern und einem Gespräch mit Yahya Khan unternahm Anfang August 1971 der Vizepräsident des deutschen Bundestages, Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD). S. Kuhna an AA, Botschaft Neu-Delhi sowie Generalkonsulate Bombay und Madras, 5. August 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

**90** Erika Wolf an Willy Brandt, 20. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669.

**91** Erika Wolf an Gustav Heinemann, 20. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669; insoweit unterstützend das AA, s. v. Staden an das Bundespräsidialamt, 30. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 669.

**92** Vermerk von Kawretzke, 20. Mai 1971, PA AA, M 1, C 299/75.

**93** Stoph an Indira Gandhi, 21. Mai 1971, BArch, DC 20/4533. Zur Wahrnehmung dieses Schreibens in Indien, s. Werner an AA, 28. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 627.

**94** „Vermerk über das Gespräch, das Genosse Minister Winzer am 17.5.1971 mit Botschafter J. C. Ajmani, dem Leiter des indischen Generalkonsulats, auf dessen Ersuchen führte“ von Kawretzke, 20. Mai 1971, PA AA, M 1, C 299/75. Erst fast ein Jahr später sagte die indische Regierung zu, einen WHO-Aufnahmeantrag der DDR zu unterstützen, s. Swaran Singh an Otto Winzer, 6. Mai 1972, PA AA, M 1, C 299/75.

Nichtsdestotrotz beschloss man, der indischen Regierung über die per Schiff und mit Sondermaschinen bereits nach Indien gelieferten Hilfsgüter hinaus noch eine weitere Sendung im Wert von 6 Mio. Mark zu liefern. Hauptsächlich sollte diese aus Blutplasma bestehen.<sup>95</sup>

Wenig hilfreich war demgegenüber aus ostdeutscher Sicht die Tatsache, dass die DDR bei mehreren Projekten des bilateralen Handels mit Indien wiederholt in Erklärungsnot geriet. Mal bestanden Lieferschwierigkeiten hinsichtlich zugesicherter technischer Ausrüstung,<sup>96</sup> dann wieder fielen aus der DDR gelieferte Elektromotoren aus, „von denen die gesamte Wasserversorgung Goas“ abhing<sup>97</sup> und nicht zuletzt führten erhebliche Probleme mit dem DDR-Prestigetraktator RS 09 dazu, dass die DDR im Frühjahr und Sommer 1971 500 bereits nach Indien ausgelieferte Modelle wieder zurücknehmen musste. „Obwohl nach wie vor schriftliche Fragestellungen und Beantwortungen im Parlament zu Problemen des RS 09 erfolgen, werden sie von der Mehrzahl der Parlamentarier und der Presse kaum zur Kenntnis genommen“, zeigte sich ein DDR-Diplomat später immerhin beruhigt.<sup>98</sup> Westdeutsche Diplomaten waren dagegen weniger nachgiebig und weideten die Misserfolge der DDR-Exportwirtschaft genüsslich aus.<sup>99</sup>

### **Deutsche Rüstungsgüter für Indien und Pakistan?**

Noch argwöhnischer als die an den jeweiligen politischen und potenziell auch militärischen Gegner geleistete Entwicklungshilfe verfolgten Indien und Pakistan im Frühsommer 1971 die internationale Lieferung von Rüstungsgütern nach Südasien. Als langjähriger Handelspartner beider Konfliktparteien wurde die

---

**95** Anlage zur „Information für das Politbüro des Zentralkomitees der SED über den Aufenthalt des Sonderbeauftragten der indischen Regierung, Dr. Karan Singh, vom 22. bis 24. Juni 1971 in der DDR“ von Winzer, Axen und Markowski, 29. Juni 1971, PA AA, M 1, C 814/75.

**96** Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 21. April 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.

**97** Monatsbrief Juni 1971 von Lothar Wenzel an Wolfgang Kiesewetter, 22. Juni 1971, BArch, DC 20/4533.

**98** Monatsbrief Juli 1971 von Lothar Wenzel an Wolfgang Kiesewetter, 29. Juli 1971, PA AA, M 1, C 1729/76. Im Vorjahr hatte die „Problematik RS 09“ die bilateralen Beziehungen der DDR zu Indien noch erheblich belastet, vgl. „Jahresanalyse 1970 des Generalkonsulates der Deutschen Demokratischen Republik in Indien – Bereich Außenwirtschaft“ von Brunner, 16. Dezember 1970, BArch, DL 2/10909.

**99** Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 27. Januar 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.

Bundesrepublik Deutschland von südasiatischen Politikern dabei besonders misstrauisch beobachtet.

Offiziell ließ die Bundesregierung bei der Auslieferung von Rüstungsgütern in Konfliktgebiete größte Vorsicht walten. Zu einem Politikum sollte in diesem Zusammenhang bald die Lieferung einiger Prototyp-Dieselmotoren für Gleiskettenfahrzeuge nebst Zubehör der westdeutschen Firma „Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg“ (MAN) nach Indien geraten.<sup>100</sup> Nachdem das Auswärtige Amt der notwendigen Ausfuhrgenehmigung Ende April 1971 noch zugestimmt hatte,<sup>101</sup> befand man dort einen Monat später, die Lizenzvergabe sei angesichts des „latenten Konflikt[s] mit Pakistan“ problematisch.<sup>102</sup> Die erteilte Zustimmung wurde mit diesem Argument widerrufen, wobei auch die Tatsache eine Rolle spielte, dass die Bundesregierung kurz zuvor Ausfuhren von Rüstungsgütern nach Pakistan abgelehnt hatte.<sup>103</sup>

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hatte zwischenzeitlich ebenfalls Bedenken geäußert<sup>104</sup> und auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen (BMWF) plädierte für eine Ablehnung der Ausfuhrgenehmigungsanträge von MAN.<sup>105</sup> Die indische Botschaft in Bonn versuchte daraufhin, beim BMWF zu intervenieren, und unterstrich die Dringlichkeit dieser Lieferung.<sup>106</sup> Es blieb jedoch dabei: Die Dieselmotoren sollten nicht nach Indien geliefert werden.<sup>107</sup>

Bald erreichte der Sachverhalt die indische Premierministerin Indira Gandhi. Ihr Staatssekretär P. N. Haksar suchte am 12. Juli 1971 den westdeutschen Botschafter Diehl auf und bat um erneute Prüfung der Ausfuhrgenehmigung. Diehl gab daraufhin in seinem Bericht an die Bonner AA-Zentrale zu bedenken, die Bundesregierung füge Indien mit ihrer negativen Entscheidung „einen schwerwiegenden Schaden zu.“ Eine derartige rüstungspolitische Isolation zwingen sein

---

**100** „Die indische Regierung hat 1968 MAN Aufträge über Lieferung von je 6 Prototypen-Motoren (ca. 300 PS) und Getrieben erteilt. Diese Motoren und Getriebe sollten als Antriebsaggregate für von der Bharat Earth Movers Ltd., Bangalore, zu entwickelnde Gleiskettenfahrzeuge dienen und später in Lizenz nachgebaut werden. Nach Auftragserteilung erfuhr MAN, daß es sich bei den Fahrzeugen um leicht gepanzerte Mannschaftswagen handeln könne.“ Königs an Botschaft Neu-Delhi, 6. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**101** Haase an Rohwedder, 3. Mai 1971, BArch, B 102/152687.

**102** v. Soden an Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 26. Mai 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**103** Vermerk von Haase, 5. Juli 1971, BArch, B 102/152687.

**104** Respondek an BMWF, 17. Mai 1971, BArch, B 102/152687.

**105** Haase an Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, 1. Juni 1971, BArch, B 102/152687.

**106** Haase an AA, 1. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**107** Haase an die MAN-Verbindungsstelle Bonn, 5. Juli 1971, BArch, B 102/152687.

Gastland im Übrigen dazu, „auf dem Gebiet der Landesverteidigung sich bei der SU und den übrigen Ostblockländern Hilfe zu holen, wodurch eine starke Bindung und Abhängigkeit geschaffen wird.“<sup>108</sup> Dieser Argumentation des Kalten Krieges folgte man in Bonn jedoch nicht, sondern verwies darauf, dass die Bundesregierung in dem südasiatischen Konflikt weiterhin neutral bleiben wolle.<sup>109</sup>

Ende Juli 1971 sprach der indische Staatssekretär im Außenministerium T. N. Kaul Botschafter Diehl noch einmal eindringlich auf die unliebsame Entscheidung der Bundesregierung an, was diesen dazu bewegte, seine Diskussion mit der Bonner AA-Zentrale wieder aufzunehmen:

Diese Entscheidung wird hier als Anzeichen für eine Wandlung der deutschen Haltung gegenüber Indien interpretiert. Ich bin in meinem Gespräch mit Kaul nachdrücklich der Tendenz Kauls entgegengetreten, einen Zusammenhang zwischen dieser Entscheidung und der Haltung der Bundesregierung zur Ostpakistanfrage zu konstruieren. Dennoch werden negative Rückwirkungen auf die deutsch-indischen Beziehungen unvermeidlich sein, falls die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung bleibt.<sup>110</sup>

Dieser Einwand Diehls verfehlte seine Wirkung in Bonn nicht. Nun hieß es im AA überraschend, mit der Einschränkung, dass dies „keine präjudizielle Wirkung für die genehmigungspflichtige Ausfuhr von Fertigungsunterlagen und (degressiven) Zulieferungen von Einzelteilen hat“, könnten die umstrittenen Ausfuhren vermutlich doch genehmigt werden.<sup>111</sup> Unter Hinweis darauf, dass es sich bei den fraglichen Motoren nicht um „Waffen“, deren Ausfuhr stets untersagt sei, sondern lediglich um „sonstige Rüstungsgüter“ handle, teilte man diese geänderte Bewertung auch dem BMWF mit.

Ausfuhrgenehmigungen für sonstige Rüstungsgüter unterlagen weniger strengen Regeln als die von Waffen. Sie waren nach gängigem Recht aber dann zu versagen, wenn sie eine „Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker“ oder eine „erhebliche Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland“ bedeuten würden. Beides war nach der Neubewertung des AA nun nicht mehr gegeben.<sup>112</sup> Im Übrigen gab das AA zu bedenken, „daß beide Seiten Material erhalten.“<sup>113</sup> Eine einseitige Gefährdung etwa der westdeutsch-

---

**108** Diehl an AA, 15. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**109** Müller an Herrn Dg III A, 20. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**110** Diehl an AA sowie BMVg und BMWF, 29. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**111** Dietrich an Botschaft Neu-Delhi, 7. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**112** Dietrich an BMWF und BMVg, 9. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**113** Berendonck an Ref. III A 4, 25. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.

pakistanischen Beziehungen durch Ausfuhr der fraglichen Güter nach Indien stünde demnach nicht zu befürchten.

Nachdem Ende August 1971 auch das BMVg seine Bedenken zurückgezogen hatte,<sup>114</sup> bedurfte es am 29. September 1971 nur mehr der Zustimmung des Bundessicherheitsrats.<sup>115</sup> Diese wurde im Falle der Prototypen von MAN erteilt,<sup>116</sup> nicht jedoch für die ebenfalls beantragte Ausfuhr von 25.000 Kilogramm des chemischen Sprengstoffstabilisators Centralit.<sup>117</sup> Dies veranlasste den indischen Staatsminister im Verteidigungsministerium Vidya Charan Shukla im Gespräch mit Botschafter Diehl zu der Drohung, falls die Bundesrepublik sich „als, unzuverlässig‘ bei der Einhaltung kommerzieller Verträge“ erweise, würde er sich „dem Druck, die ständig vorgebrachten Angebote aus der DDR zu akzeptieren, nicht widersetzen“ können.<sup>118</sup> Zwar sprach Indira Gandhi Bundeskanzler Willy Brandt später tatsächlich noch einmal auf die noch ausstehenden Centralit-Lieferungen an, eine Entscheidung hierüber wurde bis zum Ende der Kriegshandlungen in Ostbengalen jedoch nicht mehr herbeigeführt.<sup>119</sup> Das grundsätzliche Interesse der indischen Regierung an der Lieferung blieb allerdings weiterhin bestehen.<sup>120</sup>

Misstrauischer als die Rüstungslieferungen der BRD an sie selbst verfolgten indische Regierungsvertreter allein deren bilateralen Handel mit Pakistan. Als der indische Botschafter in Bonn, Kewal Singh, den AA-Staatsekretär Paul Frank mit Gerüchten konfrontierte, ein pakistanisches Schiff habe im März 1971 in Hamburg und Bremen Waffen und Munition geladen, wurde dies zwar prompt zurückgewiesen.<sup>121</sup> Völlig von der Hand zu weisen waren diese von indischer Seite erhobenen Vorwürfe jedoch nicht: Tatsächlich war die Bundesrepublik wenigstens bis Herbst 1971 zumindest indirekt an Rüstungsexporten nach Pakistan beteiligt, etwa an „Munitionslieferungen aus der mit deutscher Hilfe errichteten Munitionsfabrik Kirikkale“ in der Türkei.<sup>122</sup> Und in den Jahren zuvor hatte die deutsche Rüstungsfirma Messerschmitt-Bölkow-Blohm Ersatzteile für den US-amerikanischen Lockheed F-104 Starfighter direkt nach Pakistan gelie-

---

**114** Respondek an BMWF, 27. August 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**115** Dietrich an StS Frank, 7. September 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**116** Müller-Kulmann an Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, 1. Oktober 1971, BArch, B 102/152687.

**117** v. Soden an Botschaft Neu-Delhi, 4. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 167; Vermerk von Dietrich, 4. Novembers 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**118** Diehl an AA, 8. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 167.

**119** Diehl an AA, 7. Januar 1972, PA AA, B 57, Bd. 167.

**120** Vermerk von v. Soden, 18. Januar 1972, PA AA, B 57, Bd. 167.

**121** Thönnies an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 22. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

**122** Sonnenhol an AA, 28. November 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.

fert.<sup>123</sup> Auch später noch zeigte sich die indische Regierung höchst besorgt angesichts möglicher Waffenexporte aus der Bundesrepublik nach Pakistan.<sup>124</sup>

In Pakistan war man hieran mindestens ebenso interessiert. Mitte September 1971 sprach auch der pakistanische Botschafter im Bonner AA vor, um die Freigabe von Rüstungsausfuhren aus der Bundesrepublik nach Pakistan zu erwirken. Er berief sich dabei auf ein „zwischen den Verteidigungsministern der Bundesrepublik und Pakistan 1962 geschlossene[s] Geheimabkommen“, das „eine weitreichende Zusammenarbeit auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet“ vorsehe.<sup>125</sup> Tatsächlich existierte ein solches Abkommen, das die Bundesregierung „zu einer umfassenden Verwaltungshilfe bei der Beschaffung von militärischer Ausrüstung in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet[e].“<sup>126</sup> Zwar war dieses Abkommen nie ratifiziert worden, der Bundessicherheitsrat stellte eine Entscheidung über die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Pakistan in seiner Sitzung Ende September 1971 dennoch erst einmal zurück. Jedenfalls, so hieß es im BMWF, gelte weiterhin der Grundsatz, dass die Bundesrepublik „in Spannungsgebiete – und dazu zählt Pakistan – ausnahmslos keine Kriegswaffen und nur beschränkt sonstige Rüstungsgüter“ liefern würde.<sup>127</sup> Obwohl der westdeutsche Botschafter in Pakistan gewarnt hatte, allein die damals bereits angekündigte Verschärfung der Waffenexportkontrolle würde den Stand der Bundesrepublik in Pakistan erheblich verschlechtern,<sup>128</sup> verhängte die Bundesregierung damit im September 1971 praktisch ein Waffenembargo über Pakistan.<sup>129</sup>

Für die DDR stellte sich die Frage nach Rüstungslieferungen auf den indischen Subkontinent bedeutend einfacher dar. Nach einem schockierenden

**123** Dietrich an Botschaft Washington, 23. Oktober 1970, PA AA, B 130, Bd. 8774A.

**124** S. Diehl an AA, 8. Juli 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.

**125** Dietrich an BMWF und BMVg, 17. September 1971, PA AA, B 57, Bd. 172.

**126** Rohwedder an AA-StS Moersch, 7. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 172. Von diesem damals bereits in Vergessenheit geratenen Vertrag hatte es 1962 geheißen, es handle sich „um eine Verwaltungsvereinbarung, die lediglich administrative Hilfe für die Beschaffungen in der Bundesrepublik enthält.“ S. Bundesministerium der Verteidigung an AA, 5. Juni 1962, BArch, BW 1/95261.

**127** Rohwedder an AA-StS Moersch, 7. Oktober 1971, PA AA, B 57, Bd. 172. Das AA bestätigte diese Einschätzung später. S. v. Braun an Rohwedder, 16. November 1971, PA AA, B 57, Bd. 172. Ende Mai 1972 beschloss der Bundessicherheitsrat, den deutsch-pakistanischen Vertrag „der tatsächlichen Handhabung anzupassen. In seiner gegenwärtigen Form reicht das Abkommen weit über vergleichbare Verträge mit anderen Staaten hinaus.“ Ergebnisprotokoll der BSR-Sitzung vom 26.5.1972, verfasst von Oer, 8. Juni 1972, BArch, BW 1/95261.

**128** Tzschirner/Berger an AA und BMVg, 6. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628. Tatsächlich versagte die Bundesrepublik bald darauf Exportgenehmigungen für in Pakistan dringend benötigtes Gewehrzubehör und Ersatzteile, s. Berger an AA, 9. August 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

**129** Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 160.



Besuch in Camps ostpakistanischer Flüchtlinge in Indien konnte die dreiköpfige DDR-Delegation ihren indischen Gastgebern wahrheitsgemäß versichern, man habe niemals Waffen nach Pakistan geliefert und werde dies auch niemals tun.<sup>130</sup> Zwar entgingen der DDR so einträgliche Geschäfte, der indischen Regierung gegenüber blieb sie dadurch allerdings weniger angreifbar als die BRD.

### Südasiatische Besuchsdiplomatie

Während die Problematik der nach Indien und Pakistan geleisteten Entwicklungs- und Rüstungshilfe vor allem die Bundesrepublik Deutschland betraf, wurde aus Sicht der südasiatischen Staaten in der genuin diplomatischen Frage des Umgangs mit der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung auch die Haltung der DDR relevant.

Schon früher hatte die DDR in Indien in erster Linie diejenigen politischen Kräfte unterstützt, von denen sie sich ein Entgegenkommen in ihrem allgegenwärtigen Streben nach Anerkennung erhoffte, was vor allem seitens der indischen Opposition als ausländische Einmischung in die indische Innenpolitik beargwöhnt wurde.<sup>131</sup> Als die provisorische Regierung des werdenden Bangladeschs sich bereits Ende April 1971 in einem ersten Appell direkt an die DDR wandte und um staatliche Anerkennung bat,<sup>132</sup> blieb man im MfAA zunächst vorsichtig,<sup>133</sup> behielt die Entwicklung aber genau im Auge. Deutlich hegten DDR-Diplomaten die Hoffnung, eine wohlwollende Behandlung der ostpakistanischen Unabhängigkeitsbewegung würde von der indischen Regierung möglicherweise honoriert.

Auf nachdrückliches Drängen des indischen Generalkonsuls in Ost-Berlin, J. C. Ajmani,<sup>134</sup> empfing der stellvertretende Außenminister der DDR, Dr. Wolfgang Kiesewetter, im Mai 1971 eine Delegation der provisorischen Regierung von Bangladesch unter Führung des späteren Außenministers, Abdus Samad Azad, offizi-

---

**130** Sheelendra K. Singh: *Bangla Desh Documents*, Bd. 2. Dhaka: The University Press Limited (UPL) 1999, S. 192; Misra: *India and GDR*, S. 97.

**131** Diehl an AA, 25. Februar 1971, PA AA, B 37, Bd. 593.

**132** „Syed Nazrul Islam, amtierender Präsident der Volksrepublik Bangla Desh an den Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik“, 28. April 1971, PA AA, M 1, C 1045/77.

**133** Vgl. Monatsbrief von Herbert Fischer an Wolfgang Kiesewetter, 21. April 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.

**134** „Bericht über den Aufenthalt einer Delegation aus Ostpakistan in der DDR in der Zeit vom 20.5. – 25.5.1971“ von Götz Weinert, 27. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1046/77.

ell im Ost-Berliner MfAA.<sup>135</sup> Kiesewetter blieb bei diesem Treffen allerdings noch zurückhaltend. Er verurteilte zwar nachdrücklich das brutale Vorgehen der pakistanischen Zentralregierung, wollte sich zu diesem Zeitpunkt aber ausdrücklich noch nicht zur Frage einer Anerkennung Bangladeschs durch die DDR äußern.<sup>136</sup> Bei einem späteren gemeinsamen Abendessen versuchte J. C. Ajmani, den Druck auf die DDR zu erhöhen, indem er Kiesewetter einen „deal“ vorschlug: „die DDR anerkennt Bangladesh und Indien anerkennt die DDR.“ Auch wenn Ajmani in dieser Sache nur für sich sprach,<sup>137</sup> war die Idee damit von indischer Seite zum ersten Mal ausgesprochen worden und konnte im MfAA weiter reifen.

In einer Stellungnahme an Walter Ulbricht blieb der DDR-Chefdiplomat Otto Winzer zunächst vorsichtig: „Nach meiner Meinung sind zur Zeit noch nicht die erforderlichen Bedingungen gegeben, um die ‚Volksrepublik Bangla Desh‘ diplomatisch anerkennen zu können.“<sup>138</sup> Und der Leiter des DDR-Generalkonsulats in Indien, Herbert Fischer, goss zusätzliches Wasser in den Wein. Seiner Einschätzung nach hielt allein Indira Gandhi die Zügel der indischen Politik in der Hand.<sup>139</sup> Dies gelte auch für die Frage, ob und wann Indien die DDR anerkennen würde. Auf die affektgeleitete Aussage eines einzelnen indischen Diplomaten sollte man im MfAA seiner Meinung nach also nicht allzu große Hoffnungen verschwenden.

Als die indische Regierung sich immer mehr in den Konflikt um Ostpakistan hineinziehen ließ, verlegte sie sich zunehmend auch selbst darauf, durch diverse „Sondergesandte“ weltweit für ihren Standpunkt in der Flüchtlingsfrage zu werben. Ende Mai 1971 reiste der Staatssekretär im indischen Verteidigungsministerium und Vertraute Indira Gandhis, K. B. Lall, mit der Absicht in die Bundesrepublik, dort u. a. Staatssekretäre des AA zu treffen.<sup>140</sup> Einen Monat später ent-

---

**135** „Vermerk über ein Gespräch des Außenministers der DDR, Gen. Otto Winzer, mit dem Außenminister der Volksrepublik Bangla Desh, Abdul Samad Azad, am 9. Januar 1972, 13.00 Uhr“ von Radde, undatiert, PA AA, M 1, C 787/75.

**136** „Vermerk über das Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Dr. Kiesewetter, am 21.5.1971 mit der Delegation der ‚Volksrepublik Bangladesh‘“ von Heinz Erbig, 25. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1046/77.

**137** Zusatzbemerkung zum „Vermerk über das Gespräch des Stellvertreters des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Dr. Kiesewetter, am 21.5.1971 mit der Delegation der ‚Volksrepublik Bangladesh‘“ von Heinz Erbig, 25. Mai 1971, PA AA, M 1, C 1046/77.

**138** Winzer an Walter Ulbricht, 4. Juni 1971, BArch, DA 5/12264.

**139** „Die innenpolitische Situation ist aber zur Zeit dadurch gekennzeichnet, daß I[ndira] Gandhi mit starker Hand alles niederzwingt, was auf eigener Initiative eines Ministers oder führenden Abgeordneten in Bewegung gesetzt werden soll. Sie entfernt rigoros jeden, der ohne sie zu arbeiten versucht.“ Gesprächsvermerk von Horst Giese, 2. Juni 1971, BArch, DY 30/97822.

**140** Werner an AA, 26. Mai 1971, PA AA, B 30, Bd. 667.

sandte als Antwort hierauf auch die pakistanische Zentralregierung Politiker nach Bonn, um dort in ihrem Sinne auf die Bundesregierung einzuwirken.<sup>141</sup>

Die Bonner Reaktion blieb weiterhin verhalten. Obwohl man in der westdeutschen Botschaft in Neu-Delhi Ende Mai 1971 noch nicht den Eindruck hatte, Indira Gandhi wolle einen gewaltsamen Konflikt mit Pakistan erzwingen,<sup>142</sup> bestand im Auswärtigen Amt die Befürchtung, die indische Regierung könnte die günstige Gelegenheit zu einer militärischen Intervention in Ostpakistan schon bald ergreifen.<sup>143</sup> Bundeskanzler Willy Brandt und sein Außenminister Walter Scheel zeigten sich Anfang Juni 1971 beim Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn zwar offen für die indische Position und versicherten Singh ihre Sympathien. Sie verwiesen aber auch darauf, dass es sich bei dem Konflikt aus ihrer Sicht weiterhin um ein innerpakistanisches Problem handelte.<sup>144</sup> Auch wenn man seinem Ersuchen um ein Einfrieren der Wirtschaftshilfe an Pakistan vor diesem Hintergrund nicht nachkam,<sup>145</sup> war Swaran Singh von der empathischen Art des westdeutschen Bundeskanzlers durchaus beeindruckt. Nach ihrem Treffen stellte Swaran Singh fest, Brandt sei „very familiar with this problem of refugees and he was greatly moved [...] I must confess it came to me as a pleasant surprise.“<sup>146</sup>

Der indische Außenminister bat darum, Willy Brandt möge sein internationales Prestige dazu nutzen, im indischen Sinne Einfluss auf den US-Präsidenten Richard Nixon zu nehmen, was der Bundeskanzler zu tun versprach.<sup>147</sup> Im Gegenzug sagte Swaran Singh zu, die indische Regierung würde die innerdeutschen Entspannungsbemühungen vorerst nicht durch eine frühzeitige Anerkennung der DDR erschweren.<sup>148</sup> Alle Beteiligten betrachteten den Besuch Swaran Singhs

---

**141** Thönnies an Botschaften Rawalpindi, Neu-Delhi, Washington, Paris, London und Ottawa, 5. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 634.

**142** Werner an AA, 31. Mai 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

**143** Zusammenfassung „Indisch-Pakistanisches Verhältnis“ in einer internen Information zum Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn, 7. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 596.

**144** Müller an Botschaften London, Paris, Ottawa, Washington, Neu-Delhi, Rawalpindi, die SV bei der UNO in New York und Botschaft Moskau, 11. Juni 1971, PA AA, B 37 Bd. 596.

**145** AA / IfZ: AAPdB, 1971, Dok. 206.

**146** Zit. n. Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 158–9.

**147** Müller an Botschaften London, Paris, Ottawa, Washington, Neu-Delhi, Rawalpindi, die SV bei der UNO in New York und Botschaft Moskau, 11. Juni 1971, PA AA, B 37 Bd. 596. Tatsächlich sprach Brandt den US-Präsidenten Richard Nixon am 15. Juni 1971 auf die prekäre Lage in Ost-Pakistan an. Dieser machte jedoch klar, dass seitens der USA nichts unternommen werden würde, was die pakistanische Zentralregierung als Parteinahme gegen sich verstehen könnte, s. AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 2, Dok. 208.

**148** AA / IfZ: AAPdB, 1971, Dok. 206.

in Bonn im Juni 1971 entsprechend als Erfolg.<sup>149</sup> Euphorisch maß der bundesrepublikanische Botschafter Diehl ihm sogar größere weltpolitische Bedeutung bei: „Die jüngste Entwicklung hat die Stimmungslage [in Indien] für den Westen, und darunter nicht zuletzt für uns, verbessert.“<sup>150</sup>

Kaum war Swaran Singh aus Bonn abgereist, traf der indische Minister für Tourismus und zivile Luftfahrt, Dr. Karan Singh, wiederum in Ost-Berlin ein, um im Auftrag Indira Gandhis auch dort für den indischen Standpunkt zu werben.<sup>151</sup> Ostdeutsche Diplomaten glaubten im gescheiterten Versuch des indischen Außenministers, die Bundesregierung zu einer Beendigung der Entwicklungshilfezahlungen an Pakistan zu bewegen, zwar eine Möglichkeit zu erkennen, die Bundesrepublik Deutschland gegenüber Indien zu diskreditieren.<sup>152</sup> Nach dem ansonsten erfolgreichen Besuch des indischen Außenministers in Bonn sahen sie sich aber unter einem gewissen Zugzwang.

In einem gemeinsam mit Karan Singh herausgegebenen Kommuniqué bekannte die DDR sich also erstmals offiziell zum demokratischen Selbstbestimmungsrecht der ostpakistanischen Bevölkerung. Es müsse „eine Lösung in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes von Ostpakistan und in Absprache mit ihren gewählten Vertretern“ gefunden werden. Vor allem jedoch versicherte Willi Stoph seinem indischen Gast, die DDR unterstütze „den Standpunkt der indischen Regierung, daß der Flüchtlingsstrom von Ostpakistan nach Indien zu einem internationalen Problem geworden ist.“<sup>153</sup>

Stoph verwendete dabei den Begriff „Ostbengalen“ statt „Ostpakistan“, was auf die pakistanische Seite eindeutig provozierend wirken musste.<sup>154</sup> Karan Singh war hierüber ausgesprochen erfreut und versprach, „dass die positive Stellungnahme der DDR bei Frau Indira Gandhi eine hohe Wertschätzung haben wird.“<sup>155</sup> Obgleich er sich bewusst nicht darauf festlegen ließ, dass seine Regierung die

---

**149** Zum indischen Presseecho, s. Werner an AA und Botschaft Washington, 14. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668; zur positiven Beurteilung im indischen Außenministerium, s. Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi, 29. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.

**150** Diehl an AA und Botschaft Rawalpindi, 29. Juni 1971, PA AA, B 30, Bd. 668.

**151** Werner an AA, 16. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

**152** „Zum Aufenthalt des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn“ von Kirchhof, 22. Juni 1971, PA AA, M 1, C 1733/76.

**153** „Gemeinsame Erklärung anlässlich des DDR-Besuches von Dr. Karan Singh, Sonderbeauftragter der indischen Regierung“, undatiert, PA AA, M 1, C 1762/76.

**154** Stempel an AA und SV bei der UNO in New York, 21. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

**155** „Vermerk über das Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Otto Winzer, mit dem Beauftragten der Regierung Indiens, Kabinettsminister Dr. Karan Singh, am 22. Juni 1971“ von Kawretzke, 25. Juni 1971, PA AA, M 1, C 814/75.

Unterstützung der DDR in dieser Sache nun mit der diplomatischen Anerkennung belohnen würde, war die Ost-Berliner DDR-Führung sich sicher, dass ihre Geste „die Bewegung für völkerrechtliche Anerkennung der DDR, insbesondere unter den Abgeordneten des Parlaments“ zumindest gestärkt hatte. „Mit dem [...] offiziellen Ersuchen der indischen Regierung um Hilfe für Flüchtlinge wurde die DDR zum ersten Mal in eine politisch-diplomatische Aktion Indiens einbezogen“, berichtete man später zufrieden.<sup>156</sup>

Die Tatsache, dass Indien die DDR als Partner im Umgang mit dem Konflikt vor seiner Haustür begriff, verbuchte die Regierung in Ost-Berlin als einen Erfolg, über den Otto Winzer den damaligen UN-Generalsekretär U Thant Anfang Juli 1971 schriftlich in Kenntnis setzte.<sup>157</sup> Der DDR-Außenminister unterstrich in seinem offiziellen Schreiben außerdem noch einmal die Hilfe der DDR für die indische Regierung und machte sich deutlich „den Standpunkt Indiens in der pakistanischen Flüchtlingsfrage zu eigen“, wie ein westdeutscher Diplomat beobachtete.<sup>158</sup>

Die Bundesregierung positionierte sich im Sommer 1971 zwar weniger eindeutig auf der Seite Indiens als die DDR-Führung, wollte aber (im Gegensatz zur Nixon-Administration) auch keinesfalls die pakistanische Zentralregierung offen unterstützen. Dies ging so weit, dass der AA-Staatssekretär Sigismund von Braun dem ehemaligen Wirtschaftsminister und Bundeskanzler a. D. Ludwig Erhard dazu riet, eine Bitte Yahya Khans um ein Gutachten zur pakistanischen Wirtschaft auszuschlagen. Der Staatssekretär hielt es „nicht für ratsam, durch Abgabe eines Gutachtens eine Verbindung zwischen einem namhaften deutschen Politiker und der Wirtschaftspolitik der pakistanischen Regierung herzustellen.“<sup>159</sup>

Die außenpolitische Linie Bonns in diesem Konflikt sollte weiterhin neutral wirken. Dass die westdeutsche Botschaft in Pakistan in dieser Zeit vor allem Indien für wiederkehrende Grenzverletzungen und die immer wieder aufflackernde Eskalation an der indisch-ostpakistanischen Grenze verantwortlich machte,<sup>160</sup> spielte für die Erwägungen des AA keine ausschlaggebende Rolle.

---

**156** „Information für das Politbüro des Zentralkomitees der SED über den Aufenthalt odes Sonderbeauftragten der indischen Regierung, Dr. Karan Singh, vom 22. bis 24. Juni 1971 in der DDR“ von Winzer, Axen und Markowski, 29. Juni 1971, PA AA, M 1, C 814/75.

**157** „Brief des Außenministers der DDR, Otto Winzer, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant, undatiert, BArch, DY 30/97822.

**158** Stempel an AA und SV bei der UNO in New York, 21. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

**159** StS v. Braun an Bundeskanzler a.D. Prof. Dr. Ludwig Erhard, 21. Juni 1971, PA AA, B 2, Bd. 193.

**160** Tzschirner/Berger an BMVg, AA und Botschaft Neu-Delhi, 30. Juni 1971, PA AA, B 37, Bd. 628.

Die indische Regierung zeigte großes Verständnis für die Zurückhaltung der Bundesregierung. Als der AA-Staatssekretär Paul Frank dem indischen Botschafter in Bonn Ende Juli 1971 erläuterte, anders als die politische Führung der DDR könne die Bundesregierung die pakistanische Zentralregierung aufgrund der bestehenden Beziehungen kaum – wie von Indien gewünscht – öffentlich für ihr Vorgehen in Ostpakistan verurteilen, antwortete Kewal Singh, „daß man gerade an der ausgewogenen Haltung seine Freunde erkenne.“<sup>161</sup> In einem Monatsbericht der indischen Botschaft in Bonn an das indische Außenministerium in Neu-Delhi hieß es Anfang August 1971 entsprechend: „The Federal Government [...] clearly continue[s] to support India’s stand.“<sup>162</sup>

Während die indische Regierung westdeutschen AA-Vertretern mit großem Respekt begegnete, wurden die Vertreter der DDR zur selben Zeit zunehmend instrumentalisiert. Wie stark die indische Regierung die DDR-Diplomaten in ihre Ostbengalen-Strategie einzubinden versuchte, wurde Ende Juli 1971 besonders deutlich. Am 24. Juli 1971 sprach Rahman Sobhan, Sondergesandter der provisorischen Regierung von Bangladesch, im DDR-Generalkonsulat in Neu-Delhi vor, um der DDR im Namen der Regierung des werdenden Bangladeschs die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzubieten und „militärische und ökonomische Unterstützung für den Befreiungskampf in ‚Bangla Desh‘“ zu verlangen. Eine Kontaktaufnahme mit der DDR sei ihm von indischer Seite ausdrücklich empfohlen worden, da „ihrer Ansicht nach die DDR gegenwärtig in einer günstigeren Position [als die UdSSR] sei (keine staatlichen Beziehungen zu Pakistan).“ Im Gegenzug sei die provisorische Regierung von Bangladesch, als deren Vertreter Sobhan auftrat, dazu bereit, „diplomatische Beziehungen zur DDR herzustellen und eine Botschaft in Berlin zu errichten.“ Außerdem deutete er an, „daß dabei die Frage der Normalisierung der polit. Beziehungen zwischen Indien und der DDR eine wichtige Rolle spiele.“ Die Idee hierzu, so Sobhan, habe die indische Regierung gehabt in dem Bestreben, nicht das erste Land zu sein, das Bangladesch anerkannte.<sup>163</sup>

Obwohl der Bundesregierung bei den Regierungskonsultationen im Oktober 1970 in dieser Sache eine rechtzeitige Vorwarnung zugesichert worden war,<sup>164</sup>

**161** Thönnies an Botschaften Neu-Delhi und Rawalpindi, 22. Juli 1971, PA AA, B 30, Bd. 673.

**162** „Political Report for the Month of July 1971 – Part I“ von Saad M. Hashmi, 6. August 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(49)/71.

**163** „Aktenvermerk über ein Gespräch mit Prof. Rahman Subhan, Sonderbotschafter der provisorischen Regierung ‚Bangla Desh‘, am 24.7.1972“ von Kraus, 28. Juli 1971, PA AA, M 1, C 1044/77; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 157.

**164** Vermerk von Thönnies, 30. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628; Berger an AA, 19. Juli 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

herrschte in der westdeutschen Botschaft in Pakistan im Sommer 1971 Sorge, die Regierung ihres Gastlandes könnte ihre Handelsbeziehungen mit der DDR formalisieren.<sup>165</sup> Begründet wurde diese Neuinterpretation der pakistanischen Deutschlandpolitik damit, „daß Pakistans Außenhandel durch die Entwicklung in Ostpakistan beeinträchtigt worden sei und daß Pakistan daher jetzt die Chancen, die im Handel mit der Zone lägen, ausnutzen wolle.“<sup>166</sup> Um diesem unerwünschten Schritt zuvorzukommen, bat Botschafter Berger erneut um Pakistan-kritisches Pressematerial aus der DDR,<sup>167</sup> das er einen Monat später in Form zweier Artikel aus dem „Neuen Deutschland“ auch erhielt.<sup>168</sup>

Am 2. August 1971 machte außerdem ein Mitarbeiter in der Bonner AA-Zentrale den pakistanischen Botschafter darauf aufmerksam, „dass die DDR [...] sehr eindeutig den Bangla Desh-Gedanken unterstütze. Sie habe dies sogar in einem Dokument getan, das dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugeleitet worden sei.“<sup>169</sup> Außerdem stellte er klar: Eine Anerkennung der DDR durch Pakistan hätte jedenfalls deutlich negative Folgen für die bis dahin freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bonn und Islamabad.<sup>170</sup>

Die Bonner Befürchtungen waren nicht unbegründet. Tatsächlich hatte die pakistanische Regierung über ihren Botschafter in Moskau Kontakt mit dortigen DDR-Vertretern aufgenommen und mitgeteilt, „daß sie bereit ist, Verhandlungen mit der DDR über die Aufnahme von staatlichen Beziehungen und der Errichtung von Handelsvertretungen – evtl. auch mit konsularischen Rechten – aufzunehmen.“<sup>171</sup> Zu diesem Zweck würde die pakistanische Regierung Beauftragte in die DDR senden bzw. Beauftragte der DDR nach Pakistan einladen. Im Ost-Berliner MFAA wertete man dies als einen Versuch Pakistans, „ein stärkeres Engagement der DDR gegenüber Indien, z.B. in der Frage Bangla Desh, zu verhindern“ und sah entsprechend „keinen Grund zur Eile.“<sup>172</sup> Auf das Anerkennungsersuchen wiederum der provisorischen Regierung von Bangladesch ging die DDR-Führung allerdings ebenso wenig ein.

---

**165** Berger an AA, 23. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 628; ähnlich zuvor bereits in der Bonner AA-Zentrale, s. Vermerk von Thönnies, 16. Juli 1971, PA AA, B 37, Bd. 634.

**166** Berger an AA, 19. Juli 1971, PA AA, B 38, Bd. 306.

**167** Berger an AA, 19. Juli 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

**168** Berendonck an Botschaft Rawalpindi, 23. August 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8149.

**169** Vermerk von van Well, 2. August 1971, PA AA, B 37, Bd. 629; Berendonck an Botschaften Rawalpindi, Delhi sowie die SV bei der UNO in New York, 5. August 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8128.

**170** Diehl an AA, 25. Januar 1972, PA AA, B 30, Bd. 654.

**171** Bayerlacher an die Leiter der Vertretungen der DDR in Indien, Indonesien, Burma, Ceylon, Kambodscha, 4. August 1971, PA AA, M 1, C 1774/76.

**172** Ebd.

### 3.3 Zwischenbilanz

Es war die blutige Niederschlagung der ostbengalischen Separationsbestrebungen nach dem 25. März 1971, die dem unabhängigen Bangladesch den Weg ebnete. Aus Sicht der Awami League konnte es nun kein Zurück mehr geben. Das pakistanische Militär machte dadurch nicht nur die letzten Hoffnungen auf eine friedliche Beendigung des ostpakistanischen Bürgerkriegs zunichte, sondern trieb auch Millionen Ostpakistaner in die Flucht nach Indien. Durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom geriet die Regierung Indira Gandhi unter immer größeren innenpolitischen Druck, dem brutalen Vorgehen der pakistanischen Armee gegen die eigene Bevölkerung in Ostpakistan Einhalt zu gebieten. Freilich war die indische Regierung dabei auch um ihr friedliebendes internationales Image besorgt, wie die starken Bedenken des indischen Botschafters in Paris, D. N. Chatterjee, im Juli 1971 verdeutlichen:

Where does India stand? India is regarded warily in the West because she is against the concept of Imperialism and because she 'invented' the 'Third World'. India is looked on with suspicion in the 'Third World' because of her (subversive) sentiments for democracy, human rights etc.; the Muslim World is wrathful because of our secularism. The Communist countries regard India as insolent – and potentially dangerous – because we have rejected Communism as the prime condition for Progress. We are, of course, on the side of God. But, is God on our side?<sup>173</sup>

Indiens Haltung zum Konflikt im Nachbarland im Frühjahr und Sommer 1971 war ambivalent: Man unterstützte die ostbengalischen Sezessionisten soweit irgend möglich, ohne dabei offen in den Kampf einzutreten oder Bangladesch anzuerkennen. Dadurch sollte einerseits die pakistanische Armee und Moral zermürbt und somit Zeit gewonnen, andererseits aber auch vermieden werden, dass Indien sich aufgrund der Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Nachbarstaates der Ächtung der internationalen Gemeinschaft aussetzte.<sup>174</sup> Nach außen musste es später jedenfalls so aussehen, als sei der erneute bewaffnete Konflikt mit dem pakistanischen Widersacher der indischen Regierung praktisch aufgezwungen worden.

Indien und Pakistan hatten also diametral entgegengesetzte Sichtweisen auf den Konflikt in und um Ostpakistan. Und im Frühjahr und Sommer 1971 bemühten sie sich, ihre jeweilige Wahrheit international durchzusetzen. Peinlich achteten die Regierungen der beiden südasiatischen Staaten deshalb darauf, auf welche

---

173 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 771.

174 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 68–9.



Seite des Konflikts sich ihre internationalen Partner schlagen würden. Wichtige Indikatoren waren die Gewährung von Entwicklungs- und Rüstungshilfe sowie die Reaktion auf das Werben der provisorischen Regierung von Bangladesch um internationale Anerkennung. Auch das Verhalten der beiden deutschen Staaten war aus südasiatischer Sicht vor allem unter diesen Aspekten relevant.

Die Bundesregierung betrachtete den indisch-pakistanischen Konflikt schon bald durch das Prisma der deutsch-deutschen Auseinandersetzung in Südasiens. Sie war zu beinahe jedem Preis um Neutralität bemüht, um keiner der beiden Konfliktparteien einen Grund zu geben, die DDR anzuerkennen. Indem sie im Frühjahr 1971 allerdings entwicklungs- und rüstungspolitische Beziehungen sowohl zu Indien als auch zu Pakistan unterhielt, machte sie sich den beiden verfeindeten südasiatischen Staaten gegenüber leicht erpressbar. Stets hing über den bilateralen Beziehungen der BRD zu Indien und Pakistan daher das Damoklesschwert einer möglichen DDR-Anerkennung. Das internationale Prestige Willy Brandts und sein Versprechen, sich gegenüber der US-Administration für Indien einzusetzen, konnte diese befürchtete Entscheidung der indischen Regierung allerdings abwenden. Freilich gelang dies nur zum Preis einer offenen Kritik Brandts an Nixons Südasienspolitik.

Für die Deutsche Demokratische Republik wiederum, die weder Entwicklungs- noch Rüstungshilfe an Pakistan leistete, stellte sich die Situation bedeutend einfacher dar. Anders als die Bundesrepublik musste sie nicht bei jedem Schritt gegenüber Pakistan um die Wahrung ihrer deutschlandpolitischen Interessen in Indien bangen. Relevanter war also der Umgang der DDR-Führung mit der provisorischen Regierung von Bangladesch. Anders als von manchen westdeutschen Diplomaten befürchtet, war man im MfAA keinesfalls unbedingt darauf aus, sich sofort an die Seite der ostbengalischen Unabhängigkeitsbewegung zu stellen. Erst als im Juni 1971 ein Besuch des indischen Außenministers Swaran Singh in Bonn zu einer sichtbaren Annäherung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indien führte, begann die DDR um das indische Wohlwollen zu fürchten.

Die DDR-Führung versuchte nun, der Bundesrepublik in Indien den Rang abzulaufen, indem sie sich in der Folge sehr eindeutig den Standpunkt Indiens im Konflikt um Ostpakistan zu eigen machte. Diese neue Strategie der DDR verfehlte jedoch ihre Wirkung. Anstatt die Ost-Berliner Unterstützung durch eine Abkehr von Bonn zu honorieren, begann die indische Regierung die allzu eindeutigen deutschlandpolitischen Interessen der DDR für eines ihrer wichtigsten diplomatischen Anliegen zu instrumentalisieren: die internationale Anerkennung des unabhängigen Bangladesch. Ihrem eigentlichen Ziel einer diplomatischen Anerkennung durch Indien kam die Ost-Berliner DDR-Führung im Frühjahr und Sommer 1971 kaum näher.

Unerwartetes Potenzial ergab sich für die DDR im Sommer 1971 in Südasien dann wiederum beim indischen Gegenspieler Pakistan, dessen Regierung den ostdeutschen Diplomaten überraschend Avancen machte. Vermutlich hätte die DDR sich gegenüber Indien kaum schlechter gestellt, hätte sie die pakistanischen Gesprächsangebote Anfang August 1971 nicht rundheraus abgelehnt. Die DDR-Führung hätte dadurch im Gegenteil beweisen können, dass sie das indisch-pakistanische Gegeneinander ebenso auszunutzen wusste wie umgekehrt die indische Regierung das deutsch-deutsche. Diese Gelegenheit wurde allerdings vergeben.

So konnte sich die Regierung Brandt Anfang August 1971 sowohl in Indien als auch in Pakistan in größtmöglicher Sicherheit wännen. Beide Konfliktparteien waren der Bundesregierung äußerst wohlgesinnt und das Einzige, was die Karten der beiden deutschen Staaten auf dem indischen Subkontinent neu hätte mischen konnte, wäre ein unerwarteter Eingriff von außen. Ein Paukenschlag, der die Machtverhältnisse auf dem indischen Subkontinent fundamental verschöbe. Und dieser Paukenschlag erfolgte am 9. August 1971, als Indien und die Sowjetunion zur weltweiten Überraschung einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit schlossen.